



# Freisgauer Nachrichten

Emmendinger Zeitung Emmendinger Tagblatt  
 Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen

Erscheint täglich mit Ausnahme der  
 Sonn- und Feiertage  
 Bezugspreis: monatlich drei Mark 2.—  
 Im Jahre über 30 Mark, Einzelverkauf 10 Pfennig  
 für die Erhebung der Beiträge, die auf Lieferung der Zeitung oder  
 auf Abgabe der Beiträge.

Anzeigenpreis:  
 die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,  
 die Reklamezeile 75 Pfg., bei 3 fterer Aufnahme  
 Rabatt. Bei Platzvorkauf 20% Zuschlag. Werbegel-  
 gebühr das Zehnfache 10.— Mark ohne Postgebühren

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen / Fernsprecher: Emmendingen 303, Freiburg 1892 Geschäftsstelle: Carlshofstraße 11 / Postfach-Routen Nr. 7362 Amt Carlshof  
 Nr. 215 Emmendingen, Mittwoch, 17. September 1930 65. Jahrgang

## Reichsinnenminister Dr. Wirth über die politische Lage nach den Wahlen

BRN, Berlin, 16. Sept. Reichsinnenminister Dr. Wirth sprach heute abend hier über die politische Lage nach den Wahlen. Der Minister führte u. a. aus, der Radikalismus habe zwar einen großen Erfolg davongetragen, aber, klinge es auch paradox, die Regierung behaupte das Schlachtfeld, d. h. die Regierung bleibe im Amt, sie fahre fort, die Probleme der Finanzen, des wirtschaftlichen und sozialen Lebens genau wie in den verflochtenen Monaten nach jählichen Gesichtspunkten zu betrachten. Der Regierung würden zwar an einer Mehrheit, die 280 Stimmen umfassen müßte, 80 Stimmen fehlen, während die Opposition ohne Sozialdemokratie 228 Stimmen umfasse, es wären ihr also, selbst wenn die Sozialdemokratie Neutralität proklamieren würde, immer noch 17 Stimmen fehlen. Eine Neutralität der Sozialdemokratie wäre demnach nicht ausreichend, um die Regierung auch nur vor einem Mißtrauensvotum zu sichern. Die Regierung wolle den klar zum Ausdruck kommenden radikalen Strömungen ein klares, sachliches, soziales, wirtschaftliches und finanzpolitisches Programm entgegenstellen. Verfassungsändernde Gesetze seien gegen einen Bloß der reinen Negation nicht möglich. Eine sogenannte Rechtsfront könnte nur dann politisch wirksam werden, wenn Lagerische Volkspartei und Zentrum dazu träten. Dies sei politisch nicht diskutierbar. Man könne unmöglich an der Frage vorbeigehen, wie diese geradezu einem Weltanbruch gleichende politische radikale Explosion möglich gewesen sei. In allem Ernste müßte gesagt werden, daß das deutsche Volk in einer zwölfjährigen Schule des Leidens bis zur Grenze des Ertragens ausgefaßt habe, was man auch draußen in der Welt einsehen müsse. Die Staatsmänner müßten sich sagen, daß die fast die ganze Welt betreffende Wirtschaftskrise einer Lösung entgegengeführt werden müsse. Zum Schluß kündigte der Minister Neben führender Politiker im Rundfunk an.

## Sittler über den Wahlsieg der Nationalsozialisten.

BRN, Dresden, 16. Sept. Im überfüllten Gebäude des Zirkus Carrafant sprach heute abend Adolf Sittler. Er bezeichnete den Stimmenerfolg der Nationalsozialisten als einen Anlauf im Kampfe um die Erringung der Macht im Staate auf legalen Wege der Verfassung. Er erklärte, daß die Nationalsozialisten Revolutionäre seien, aber nicht Revolutionäre im Sinne eines Pulses, einer Revolution oder eines Umsturzes, sonder: Revolutionäre des Geistes. Bemerkenswert war außerdem, daß Sittler in seiner Rede die Koalitionsmöglichkeiten in keiner Weise erwähnte, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Nationalsozialisten in dieser Richtung durchaus freie Hand vorbehalten.

## Einmütigkeit des Kabinetts über die Durchführung des Regierungsprogramms.

BRN, Berlin, 16. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning trat heute das Reichskabinett in einen Meinungsaustausch über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es bestand die einmütige Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer jählichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck soweit zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen angeleitet werden können.

## Die Schaffung einer „Koalition aller Vernünftigen“.

Ein Aufruf der Staatspartei.  
 BRN, Berlin, 15. Sept. Der Hauptaktionsausschuß der Deutschen Staatspartei, der heute nachmittag zusammentrat, hat folgende Kundgebung zum Ausgang der Reichstagswahl erlassen: Radikalismus hat über Vernunft gesiegt. Das deutsche Volk wird nun schnell die verhängnisvollen Wirkungen auf Staat, Volk und Wirtschaft fühlen und aus dem Tummel erwachen. Die deutschen Wähler werden aus der Verwirrung den Weg zur aufbauenden Mitte zurückfinden. Der Kampf der Deutschen Staatspartei hat dem zerstörenden Radikalismus gegolten. In diesem Kampf haben unsere Freunde ihre Pflicht getan. Der Kampf geht fort mit verstärkter Kraft. Deutsche Männer und Frauen, eure Zukunft steht auf dem Spiel! Es geht um den deutschen Volksstaat. Helft uns, in der Deutschen Staatspartei eine entschlossene staatsbürgerliche Bewegung zu schaffen. Seht der radikalen Hochflut den Damm des positiven Aktivismus entgegen.

Auch die Wirtschaftspartei wartet ab.  
 BRN, Berlin, 16. Sept. Durch die Tagespresse gehen Mitteilungen, nach welchen angeblich zwischen der Wirtschaftspartei und anderen Parteien Verhandlungen über die Regierungsbildung stattgefunden haben sollen. Die Pressestelle der Wirtschaftspartei teilt dem Nachrichtenbüro des BRN mit, daß diese Gerüchte unzutreffend seien. Die Wirtschaftspartei habe mit keiner anderen Partei bisher über die Fragen der Regierungsbildung verhandelt und sie lehne es auch ab, vor dem Zusammentritt des Reichstages in Verhandlungen über diese Frage einzutreten.

## Der Schluß der Genfer Generaldebatte

Die Sitzung des Völkerbundes am Montag.  
 BRN, Genf, 15. Sept. Das Interesse an der allgemeinen Aussprache der Völkerbundesversammlung ist durch die Ergebnisse der deutschen Wahlen stark abgeschwächt worden. Immerhin drachte die Vormittagsitzung eine Reihe bemerkenswerter Anregungen. Zunächst wurde der Antrag der nordeuropäischen Staaten auf Degimierung der Weisbegünstigungsklausel in das Programm einbezogen und dem zweiten Ausschuß überwiesen.

Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch nahm dann Stellung zu der noch immer unfruchtlichen Frage der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der europäischen Frage. Angehört der Sympathien aller Vertreter der außereuropäischen Mitgliedsstaaten an der Idee einer engeren Zusammenarbeit innerhalb Europas, sei es am zweckmäßigsten, zunächst ein Europakomitee einzusetzen, das in Unterausschüssen die verschiedenen Seiten der Frage prüfen und sodann dem Völkerbund Bericht erstatten sollte. Marinkowitsch trat ferner mit Entschiedenheit für die allgemeine Abrüstung und für den Abbau des übertriebenen Nationalismus ein.

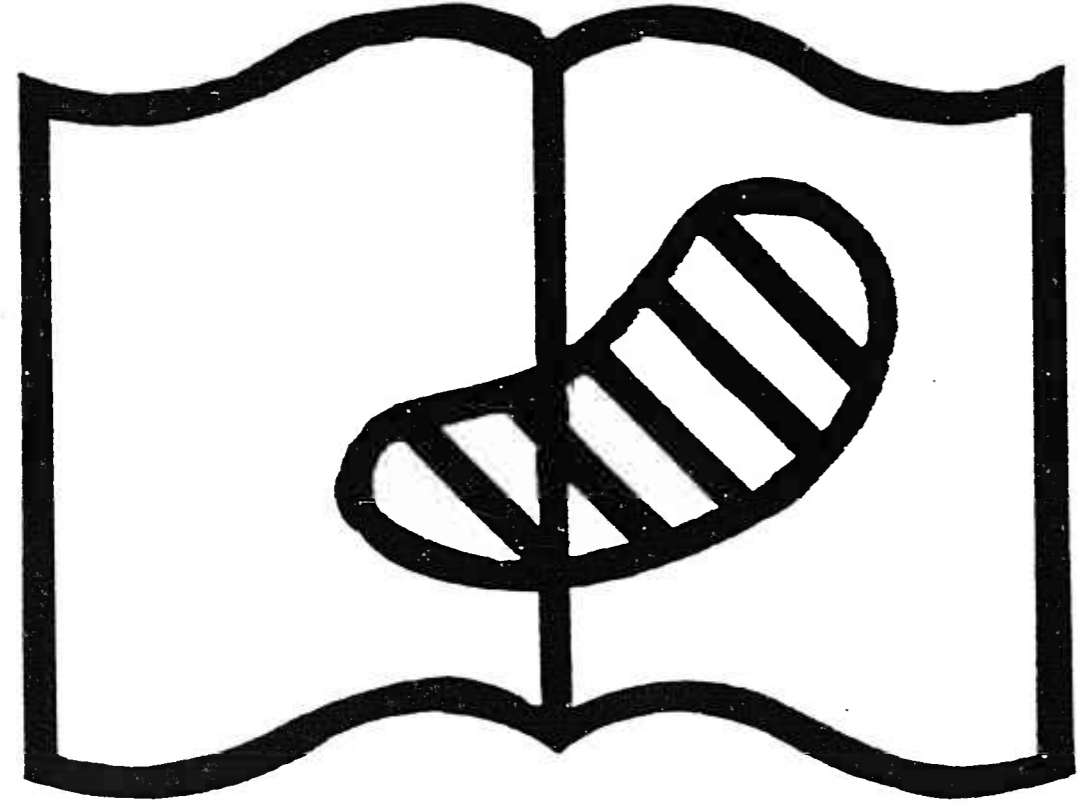
Der japanische Hauptdelegierte Matsubaira betonte gleichfalls, daß seine Regierung der Abrüstung große Bedeutung beimesse und sprach die Hoffnung aus, daß der Londoner Flottenpakt die Grundlage eines baldigen umfassenden Abkommens zur Einschränkung der Marinereüstungen sein werde. In dem Zusammenschluß der europäischen Staaten erblickte die japanische Regierung ein Mittel zur Befriedung Europas. Diese engere Zusammenarbeit würde auch nach ihrer Ansicht auf wirtschaftlichem Gebiet keine Schädigung der Interessen anderer Staaten verursachen. Ferner ist noch die Rede des australischen Justizministers Brennan zu erwähnen, der u. a. erklärte, auch die neue australische Regierung werde entschieden für die Abrüstung und die Wichtung des

## Eine Rede von Dr. Curtius.

BRN, Genf, 16. Sept. Der heutige letzte Tag der allgemeinen Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs begann mit einer Rede des italienischen Delegierten Scialoja, der die Abrüstung als eine der dringlichsten Aufgaben des Völkerbundes bezeichnete und betonte, daß die von Henderson entwickelten Richtlinien mit denen der italienischen Regierung übereinstimmten.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, bestieg darauf Außenminister Dr. Curtius die Tribüne, um seine erste Rede vor der Völkerbundesversammlung zu halten. Er bekannte offen, daß die gesamte internationale Entwicklung in den letzten Jahren für Deutschland manche Enttäuschung gebracht habe, aber man könne trotzdem feststellen, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde heute wie damals, wie vor vier Jahren eine durchaus positive sei. In seinen weiteren Ausführungen wies sich der Minister den Ausführungen Briands an, daß das Geßige des Völkerbundes und seines Vorkrieges zugleich fest und weit genug sein müßten, um allen Möglichkeiten zu begegnen und eine friedliche Regelung auch in schwierigen und ersten Situationen zu sichern. Deutschland werde weiter bestrebt sein, an der Organisation des Friedens mitzuarbeiten. Mit einem bloßen Verbot des Krieges sei es aber nicht getan, sondern darauf komme es vor allem an, die Konfliktursachen zu beseitigen und Vorkehrungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. Wenn das nicht gelänge, würde die ganze Völkerbundstätigkeit in eine falsche Richtung gedrängt werden. Der Minister kam im Zusammenhang damit auf die Abrüstungsfrage zu sprechen. Auf die Darlegungen, die die deutsche Delegation im Völkerbunde seit vier Jahren gemacht habe, seien seine entscheidenden Taten gelaßt. Es müßte daher als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung zuzuschreiben, sei die Minderheitenfrage. Dieses Problem müsse wieder energisch angegriffen werden, da es doch ein wichtiges Element für die Sicherung des Friedens bedeute. — Dr. Curtius beschäftigte sich sodann mit der Frage der europäischen Kooperation und sprach Briand dafür, daß es gelungen sei, diese Idee aus der privaten Propaganda in den Wirkkreis der verantwortlichen Regierungen zu überführen. Er beantragte, dieses Problem zunächst einem Studienkomitee zu überweisen. Der Reichsaussenminister ging sodann auf die wirtschaftlichen Fragen und die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise ein u. gab eine Darstellung der schweren Notlage in Deutschland. Zur rechten Zeit komme daher der Vorschlag einer europäischen Kooperation insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Minister machte im einzelnen Vorschläge, wie er sich eine Verständigung auf diesem Gebiete denke, die förmlich in Zukunft einmal zu einer europäischen Wirtschafts- und Zollunion führe.

Die Rede des Außenministers wurde verschiedentlich durch den lebhaften Beifall der Versammlung unterbrochen. In der Nachmittagsitzung kamen eine Reihe von Vertretern kleinerer Staaten zu Worte. Mehrere von ihnen sprachen sich für den jugoslawischen Vorschlag aus, die Völkerbundesversammlung solle in einer Entschloßung, über deren Ausführung man sich noch zu verständigen hätte, ein Komitee aus Vertretern der europäischen Staaten zur weiteren Prüfung des Federatitiplanes einsehen. Der polnische Außenminister begrüßte aus der Rede Hendersons die Ausführungen über Sicherheit und Abrüstung und erklärte, daß beide Elemente praktisch nicht voneinander zu



DIN

Vorlage(n) schwer lesbar



